ZENTRALSCHWEIZER
REGIERUNGSKONFERENZ

Rechenschaftsbericht der ZRK 2015

Verfasser/in: Beat Hensler, Konferenzsekretär
Corinne Troxler, stv. Konferenzsekretärin

Stans, 1. März 2016

Inhaltsverzeichnis

A. Rechenschaftsbericht zuhanden der kantonalen Geschäftsberichte 2
1. Interkantonale Zusammenarbeit und Interessenvertretung 2
2. Zusammenarbeit in der Zentralschweiz 2
3. Zentralschweizer Direktorenkonferenzen 3
B. Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des interkantonalen Kulturlastenausgleichs 6
C. Bericht über die Hauptversammlung der Versammlung der Regionen Europas vom 10. - 12. Juni 2015 in Västra Gätaland, Schweden 8
D. Bericht der Europa-Delegation der ZRK über das gemeinsame Engagement der Zentralschweizer Kantone in der Versammlung der Regionen Europas (VRE) 2014 / 2015 11

A. Rechenschaftsbericht zuhanden der kantonalen Geschäftsberichte

1. Interkantonale Zusammenarbeit und Interessenvertretung

Die interkantonale Zusammenarbeit ist vielfältig. Sie erfolgt in unterschiedlichen Bereichen und in variablen Geometrien, wobei die Kooperation mit den Zentralschweizer Kantonen im Vordergrund steht. Wichtige Rahmenbedingungen stellen dabei das wirtschaftliche und finanzpolitische Umfeld dar, namentlich der Finanzausgleich und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie der Steuerwettbewerb unter den Kantonen.

Die Interessen der Zentralschweiz sollen gegenüber dem Bund und gegenüber anderen Regionen verstärkt vertreten werden. Instrumente für diese Aufgabe sind insbesondere das jährliche Treffen mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarieren und ein Monitoring der Bundesgeschäfte, welches im Verlauf des Jahres 2015 vom ZRK-Sekretariat aufgebaut wurde.

2. Zusammenarbeit in der Zentralschweiz

2.1. Zusammenarbeitsprojekte und Neubesetzung des Sekretariates

2015 wurden rund 33 Zusammenarbeitsprojekte (vgl. Liste der Zusammenarbeitsprojekte Stand März 2015 auf www.zrk.ch/Projekte) bearbeitet, dies hauptsächlich unter der Führung der acht ständigen Zentralschweizer Direktorenkonferenzen. Neben Projekten behandelten die Direktorenkonferenzen insbesondere Tagesgeschäfte, koordinierten Einzelfragen und pflegten den Informationsaustausch.

Nach der Wahl des bisherigen Stelleninhabers Othmar Filliger in den Regierungsrat des Kantons Nidwalden im Jahr 2014 hat sich der ZRK-Ausschuss entschieden, das Sekretariat wieder mit einem Zweierteam zu besetzen, wie dies bereits früher der Fall war. Der ZRK-Ausschuss betont damit die Bedeutung der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der Zentralschweiz. Beat Hensler hat die Stelle des ZRK-Sekretärs am 1. September 2014 angetreten. Corinne Troxler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und ist seit dem 1. Dezember 2014 für das ZRK-Sekretariat tätig. Das neue Sekretariatsteam hat sich im Verlauf der ersten Monate des Jahres 2015 definitiv eingearbeitet.

Die Website der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK), www.zrk.ch, ist Arbeitsinstrument für Regierungsmitglieder, Parlamentsmitglieder und Verwaltungsangestellte, aber auch Informationsplattform für die Bürgerinnen und Bürger der Zentralschweiz. Der Einstieg erfolgt über folgende Portale: Organisation, Grundlagen, Projekte, Plenarversammlung, Trägerschaften, Kantone und Mitteilungen. Die Homepage enthält zudem einen geschützten Bereich, der nur Behördenmitgliedern zugänglich ist. In diesem Bereich wurden im Verlaufe des Jahres neu je eine Rubrik „Kulturlastenausgleich“ sowie „Monitoring aufgeschaltet.

2.2. Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)

Das Präsidium der Zentralschweizer Regierungskonferenz ging infolge des Rücktritts von Regierungsrätin Yvonne Schärli, LU, bereits ein halbes Jahr früher als üblich turnusgemäss an den Kanton Uri über. Bis Ende 2015 übernahm Regierungsrat Beat Arnold, UR, das Präsidium. Nach dessen Wahl in den Nationalrat wählte die ZRK-Plenarversammlung am 3. Dezember 2015 Frau Landamman Dr. Heidi Z’graggen, UR, zur ZRK Präsidentin. Regierungsrat Paul Winiker, LU, ersetzte ab Mitte 2015 Regierungsrätin Yvonne Schärli, LU, im ZRK-Ausschuss.

Letztmals unter dem Vorort des Kantons Luzern und unter der Leitung von Regierungsrätin Yvonne Schärli tagten die Zentralschweizer Kantonsregierungen und die assoziierten Regierungen von Zürich und Aargau am 7. Mai 2015 in Wolhusen und am 3. Dezember 2015 erstmals unter dem Vorort Uri unter der Leitung von Regierungsrat Beat Arnold in Altdorf.

Die Durchführung der Winteruniversiade 2021 in der Zentralschweiz bildete neben den Vorbereitungen für die Jubiläumsbegehung und dem Aufbau eines Monitorings für Bundesgeschäfte das wichtigste Thema der Plenarversammlungen. Zudem widmete sich die Versammlung dem Projekt „Potential zur Wärme- und Kühlenergienutzung des Vierwaldstättersees“ und der Anbindung der Zentralschweiz an den Innovationspark Zürich.

Am 13. Januar 2016 fand das siebte Treffen einer Zentralschweizer Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern statt. Im Zentrum des Treffens standen die gemeinsamen Interessen der Zentralschweizer Kantonsregierungen hinsichtlich des Durchgangsbahnhofs Luzern, der Unternehmenssteuerreform III, Asyl, Winteruniversiade Luzern-Zentralschweiz 2021 und der Oberaufsichtskommission der Stiftungsaufsicht des Bundes.

3. Zentralschweizer Direktorenkonferenzen

3.1. Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ)

Die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ) erstellt jeweils einen eigenen Tätigkeitsbericht, der unter www.bildung-z.ch/bkz öffentlich zugänglich ist. Die BKZ feierte im Jahr 2015 ihr 50 jähriges Bestehen. Aus diesem Grund überarbeitete sie ihr Leitbild und führte mit ihren Kommissionen einen Reflexionstag über die Zusammenarbeit im Bildungsraum Zentralschweiz durch. Weitere wichtige Geschäften des Jahres 2015 waren Fragen zur Organisation der D-EDK nach dem Ende des Lehrplanprojekts sowie die Anhörung zu den Empfehlungen zum Sprachenunterricht der EDK.

Die BKZ stand auch 2015 unter dem Vorsitz von Regierungsrat Reto Wyss, LU.

Im Bereich des interkantonalen Kulturlastenausgleichs wurden die Zusatzprotokolle der beiden Kantone Zürich und Luzern mit den Kantonen Uri, Schwyz und Aargau harmonisiert. Zudem wurde die Konferenz der Vereinbarungskantone geschaffen, die analog den Fachdirektorenkonferenzen der Zentralschweiz organisiert ist und durch Regierungsrat Stephan Schleiss, ZG, präsidiert wird. Ihr gehören die verantwortlichen Regierungsmitglieder der Vereinbarungskantone an. Mit Blick auf die kommende Abrechnungsperiode 2016-2018 wurden die erforderlichen Erläuterungen erarbeitet und von der Arbeitsgruppe verabschiedet. Schliesslich wurde die Diskussion mit den Ostschweizer Regierungsvertretungen betreffend eine allfällige geographische Erweiterung der Vereinbarungskantone weitergeführt.

3.2. Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz (ZBDK)

Eine mögliche Fusion der ZBDK mit der ZUDK, der gegenseitige Austausch bezüglich regionaler und nationaler Verkehrsprojekte sowie ein Gespräch mit dem Landschaftsschutzverband Vierwaldstättersee (LSVV) bildeten 2015 die Schwerpunkte der seit 2010 von Regierungsrat Paul Federer, OW, geleiteten Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz.

3.3. Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK)

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz wurde auch 2015 von Regierungsrat Marcel Schwerzmann, LU, präsidiert und befasste sich nebst den wiederkehrenden Diskussionen zu den Finanzkennzahlen der Kantone schwergewichtig mit der Unternehmenssteuerreform, USR III, mit der geplanten elektronischen Kursverwaltung der Verwaltungsweiterbildung Zentralschweiz und mit verschiedenen Fragen rund um die Informatik, so

z.B. mit dem Projekt E-Government und dessen Koordination mit dem Projekt E-Operation. Die ZFDK erarbeitete eine Empfehlung für Kantone zum Beitragsgesuch der Stiftung Sasso San Gottardo. Darüber hinaus waren auch einige wichtige Personalgeschäfte Gegenstand der Diskussionen, so z.B. die Nachfolge von Peter Hegglin als Präsident der FDK.

3.4. Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)

Seit 2010 ist die Leitung der ZGSDK aufgeteilt. Im Berichtsjahr stand Regierungsrat Urs Hürlimann, ZG, dem Bereich Gesundheit (ZGDSDK-G) und Regierungsrätin Manuela Weichelt, ZG, dem Bereich Soziales (ZGSDK-S) vor. Die ZGSDK-G nahm 2015 Kenntnis vom aktuellen Stand des Prüfauftrags zur Zusammenarbeit mit der Luzerner Psychiatrie (lups) im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie. Zudem setzte sie sich mit dem Schwerpunktthema „eHealth – EPDG“ auseinander. Die ZGSDK-S befasste sich 2015 weiterhin mit der Neustrukturierung des Asylwesens in der Asylregion Süd- und Zentralschweiz, mit dem Platzangebot in Frauenhäusern in der Zentralschweiz, den Entwicklungen in der Behindertenpolitik und führte einen Austausch betreffend Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESB) durch.

3.5. Zentralschweizer Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (ZKöV)

Die ZKöV engagierte sich weiterhin im Rahmen der Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) sowie der Gesamtperspektive Zentralschweiz (GPZ). Im Zusammenhang mit FABI hat die ZKöV den Vorsitz des Lenkungsausschusses der Planungsregion Zentralschweiz. Dieser Lenkungsausschuss ist das strategische Organ zur Weiterentwicklung des Schweizer Schienennetzes. Schliesslich verabschiedete sie 2015 das Organisationsstatut ZKöV. Weitere Informationen finden sich unter www.vvl.ch/planung/planung-zentralschweiz .Die ZKöV stand seit 2012 unter der Leitung von Regierungsrat Niklaus Bleiker, OW. Ende 2015 trat er von seinem Amt als ZKöV-Vorsitzender zurück. Zu seinem Nachfolger wurde Regierungsrat Othmar Reichmuth, SZ, gewählt.

3.6. Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK)

Der Zuger Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Beat Villiger, präsidierte auch 2015 die Zentralschweizer Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZPDK).

Zu den Hauptthemen der Konferenz gehörte die Polizeizusammenarbeit. Zunächst fasste sie Beschluss zum Projekt „Gemeinsame Einsatzleitzentrale- GELZ“, welches vorläufig abgeschlossen werden konnte. Ausstehend ist noch die Vereinbarung der Kantone Schwyz und Zug betreffend die Redundanz ihrer Einsatzzentralen. Sodann verzichtete die Konferenz auf die Fortführung eines Projekts zur gemeinsamen Fahrzeugbeschaffung, weil die Vorabklärungen gezeigt hatten, dass zu wenige Synergien möglich wären. Die Konferenz beauftragte die Polizeikommandanten, die polizeiliche Zusammenarbeit weiter zu entwickeln und ihr Vorschläge zu unterbreiten. Die Zentralschweizer Polizeikommandantenkonferenz entwickelte einige Projekte, welche die ZPDK im Sinne von Bearbeitungsaufträgen beschlossen hat, so beispielsweise die Schaffung einer einzigen Einsatzleitzentrale für die ganze Zentralschweiz. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte standen Fragen zum Asylrecht, z.B. die steigenden Zahlen von Asylgesuchen, auf der Traktandenliste. Die Konferenz beschloss, insbesondere die KKJPD aufzufordern, beim Bund zu intervenieren. Diese Intervention hat unter anderem dazu beigetragen, dass die Brandschutzvorschriften im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen gelockert wurden. Mit dem Projekt HIS (Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz) beschäftigte ein weiteres interessantes Projekt die Konferenz. Schliesslich befasste sich die Konferenz mit der Einführung des Electronic Monitoring und dem Vollzug von Schweizer Strafurteilen in ausländischen Strafvollzugsanstalten.

3.7. Zentralschweizer Umweltschutzdirektorenkonferenz (ZUDK)

Entsprechend dem Leistungsauftrag der ZUDK betrieben die Zentralschweizer Umweltämter verschiedene Umweltbeobachtungsnetze (Luft, Boden, NIS etc.). Der Basisleistungsauftrag für die Luftimmissionsmessungen 2016-2019 wurde an die Firma Innet Monitoring AG erteilt. Im Rahmen des gemeinsam mit dem BAFU durchgeführten Pilotprojekts „Bodenfeuchte-Monitoring mit Informationssystem“ wurden an drei Standorten Bodenfeuchtedaten erhoben. Das von der ZUDK initiierte Zentralschweizer Umwelt-Baustelleninspektorat (ZUBI) kontrollierte im Auftrag von Gemeinden über 100 Baustellen in der Zentralschweiz. Neben der Tigermücke stellen auch weitere exotische und nicht einheimische Tiere und Pflanzen eine Gefährdung für Mensch und Umwelt dar. Die ZUDK wird dieser Thematik daher vermehrt Aufmerksamkeit schenken. Neben dem Projekt „Abfallkreisläufe schliessen“ bildeten Aktivitäten im Rahmen des Coordination Point iMONITRAF! ein weiteres Arbeitsgebiet der ZUDK. Zurzeit steht eine Fusion der ZBDK mit der ZUDK zur Diskussion. Weitere Informationen zum Zentralschweizer Umweltschutz finden sich auf www.umweltschutz-zentralschweiz.ch. Die ZUDK steht seit 2008 unter der Leitung von Regierungsrat Heinz Tännler.

.

3.8. Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK)

Die Einbindung der Zentralschweiz in den Innovationspark Zürich sowie die Aktivitäten und Dienstleistungen der Innovationsförderung unter dem Namen „Zentralschweiz innovativ“ bildeten die Arbeitsschwerpunkte der ZVDK. Daneben stand das Jahr 2015 im Zeichen des Projekts „GÄSTIVAL – 200 Jahre Gastfreundschaft Zentralschweiz“. Eine breitgefächerte Auswahl von Aktivitäten und Projekten stellte im Jubiläumsjahr die Gastfreundschaft der Zentralschweiz in den Mittelpunkt. Gästival-Herzstück war die Seerose, eine schwimmende Plattform auf dem Vierwaldstättersee, die in den Sommermonaten von 67‘000 Gästen besucht wurde. Im Berichtsjahr leitete der Urner Volkswirtschaftdirektor Urban Camenzind das Präsidium der ZVDK.

Beilage

- Aktuelle Liste der Zusammenarbeitsprojekte (Stand 17. Februar 2016)

B. Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle des interkantonalen Kulturlastenausgleichs

Im Sommer 2010 bezeichneten die der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen vom 1. Juli 2003 beigetretenen Kantone Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Zug und Aargau das Sekretariat der Zentralschweizer Regierungskonferenz als Geschäftsstelle dieser Vereinbarung. Die Geschäftsstelle hat – gestützt auf Art. 7 Abs. 2 der Vereinbarung und gemäss ihrem Pflichtenheft – der ZRK-Plenarversammlung jeweils im Frühjahr einen Tätigkeitsbericht vorzulegen. Das Pflichtenheft der Geschäftsstelle wurde am 30. Oktober 2015 mit in Kraft treten am 1. März 2016 dahingehend geändert, dass der Tätigkeitsbericht der neu gebildeten Konferenz der Vereinbarungskantone zur Genehmigung vorzulegen ist und die Plenarversammlung der ZRK orientiert wird.

Zusatzprotokolle

Die harmonisierten Zusatzprotokolle konnten im Frühjahr 2015 gemäss den Vorschlägen der Arbeitsgruppe von den Regierungen beschlossen werden (ZH: 11. März 2015; LU: 3. Februar 2015; UR 16. Dezember 2014; SZ: 21. April 2015; AG, 18. März 2015).

Ausdehnung des Kulturlastenausgleichs auf die Ostschweiz

Die Konferenz der Vereinbarungskantone traf sich am Rande des Regierungsseminars am 8. Januar 2015 in Interlaken, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Es wurde vereinbart, die Regierungsdelegationen der Ostschweizer Kantone zu Beginn des Jahres 2016, wiederum am Rande des Regierungsseminars zu einer vertieften Diskussion einzuladen. Der Einladungen folgten mit Ausnahme des Kantons Appenzell Innerrhoden alle Ostschweizer Kantone. An den Sitzungen vom 30. Oktober 2015 und vom 3. Dezember 2015 hat die Konferenz der Vereinbarungskantone die Grundsatzdiskussion mit den Ostschweizer Kantonen vorbereitet.

Geschäftsordnung

Die im Jahr 2014 in Aussicht genommene Bildung einer Konferenz der Vereinbarungskantone, analog den Fachdirektorinnen- und -direktorenkonferenzen der Zentralschweiz, wurde vorbereitet und mit der Genehmigung der Geschäftsordnung am 30. Oktober 2015 abgeschlossen. Nach der formellen Genehmigung durch die zuständigen Organe der Vereinbarungskantone trat die Vereinbarung mit den Änderungen des Pflichtenhefts der Geschäftsstelle am 1. März 2016 in Kraft.

Arbeitsgruppe Interkantonaler Lastenausgleich

Die Arbeitsgruppe Interkantonaler Lastenausgleich traf sich im Jahr 2015 insgesamt drei Mal. Nebst dem Informationsaustausch befasste sich die Arbeitsgruppe mehrmals mit dem Entwurf für die Erläuterungen zur Abrechnungsperiode 2016 – 2018. In diesem Zusammenhang wurde die Frage der Reduktion bei Einrichtungen ohne eigenes Ensemble (KKL) mehrmals und intensiv diskutiert und abweichend von der bisherigen Regelung zuhanden der Konferenz der Vereinbarungskantone beschlossen. Die Publikumserhebungen 2015 und 2016 sowie die Schaffung eines Instruments zur Erhöhung der Planungssicherheit für die finanziellen

Beiträge waren weitere wichtige Geschäfte der Arbeitsgruppe. Schliesslich erhielt die Arbeitsgruppe im Herbst Gelegenheit einer Probe in der Tonhalle beizuwohnen und sich ein Bild von einer überregionalen Einrichtung zu machen.

Aufwand der Geschäftsstelle

2015 fielen auf der Geschäftsstelle 244 Arbeitsstunden an. Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen auf CHF 44‘553.50, die sich aus Pauschale, Sachaufwand, Spesen und bewerteten Arbeitsstunden zusammensetzten.

Die Aufwendungen gehen gemäss Vertrag zur Führung der Geschäftsstelle zu Lasten der beiden Standortkantone und verteilen sich im Verhältnis der erhaltenen Ausgleichszahlungen wie folgt auf:

- Kanton Zürich: CHF 31‘472.60
- Kanton Luzern: CHF 13‘080.90

Personelles

Im Mai 2015 übernahm Regierungsrätin Jacqueline Fehr die Direktion des Innern und damit auch die politische Verantwortung für die Kulturbelange des Kantons Zürich. Sie trat die Nachfolge von Martin Graf an.
Im August 2015 trat Stefan Sägesser als Kulturbeauftragter des Kantons Luzern die Nachfolge von Martin Jann an.

25. Februar 2016

C. Bericht über die Hauptversammlung der Versammlung der Regionen Europas vom 10. - 12. Juni 2015 in Västra Gätaland, Schweden

1. Organisation

Die Hauptversammlung wurde von der Region Västra Götaland, einer Provinz im Westen Schwedens organisiert und fand vom 10. – 12 Juni 2015 in deren Hauptstadt, Göteborg statt. Den Hauptteil der Hauptversammlung bildeten die ausserordentliche Generalversammlung sowie die statutarische Generalversammlung. Weiter fanden Sitzungen des Executive Board, des Bureau (Vorstand) sowie des Eurodyssey-Forums statt. Im Anschluss an die Tagung trafen sich unter der Leitung des Schweizer Büro-Vertreters, Regierungsrat Beat Vonlanthen, die Regionen Westeuropas. Ziel der Sitzung war es, gemeinsam zu überlegen, wie die Rolle der westeuropäischen Regionen innerhalb der VRE noch gestärkt werden könnte.

2. Hauptversammlung

An der Hauptversammlung in Göteborg standen einerseits die ausserordentliche Generalversammlung und andererseits das 30-jährige Jubiläum der Organisation im Mittelpunkt. Obwohl sich die Versammlung der Regionen Europas vor allem hinsichtlich der finanziellen Situation in einer schwierigen Lage befindet, war bei den Delegierten durchwegs eine positive und sehr motivierte Stimmung festzustellen.

Nachdem im Vorgang an die letzte Hauptversammlung der Generalsekretär fristlos entlassen worden war (Vorwurf: Ungerechtfertigte Anwaltshonorare, Verträge mit Pensionskassen, Ausschreibungen/Offerten, ungenügende Bereitstellung von Unterlagen für das Tagesgeschäft, hohe Spesen usw.), hat das Executive Board und der Vorstand der VRE das Steuer fest in die Hände genommen und aufgrund der Überschuldung den Richter benachrichtigt. Das zuständige Gericht hat die Schulden der VRE eingefroren, einen Sachverwalter eingesetzt und innerhalb von zwei Monaten die Unterbreitung eines Sanierungsplans gefordert. Gründe für die Überschuldung waren hauptsächlich ausstehende Mitgliedschaftsbeiträge, welche über Jahre nicht bezahlt worden waren, eine teure Verwaltung, Führungsmängel sowie die Tatsache, dass einige Mitglieder aus der VRE ausgetreten sind.

Die VRE hat ihre Lage einer gründlichen Analyse unterzogen und sich vehement für die Eintreibung der noch ausstehenden Mitgliedschaftsbeiträge sowie für eine Neustrukturierung der gesamten Organisation engagiert. Das Ziel besteht darin, durch die Neustrukturierung einerseits die Ausgaben der Organisation wesentlich zu reduzieren und andererseits die Einnahmen, v.a. auch die Mitgliedschaftsbeiträge, zu sichern und durch eine Neugestaltung der Mitgliedschaftsbeiträge zu erhöhen. Am 22. April 2015 eröffnete das VRE-Büro eine Konsultation über die zukünftige Strategie und Struktur der Organisation („Changing the AER fort he 21st Century“), welche bis zum 22. Mai 2015 dauerte. Zahlreiche Mitglieder, darunter z.B. der Kanton Zürich, haben ihre Wünsche und Bedenken in diesem Rahmen einbringen können.

Die finanzielle Situation (Cashflow) präsentierte sich an der Hauptversammlung in Göteborg bereits wesentlich besser, da zahlreiche Mitgliedschaftsbeiträge offensichtlich doch noch bezahlt wurden. Betreffend die Organisationsstruktur verabschiedete die Hauptversammlung die neuen Organisationsstatuten in einer ausserordentlichen Generalversammlung, an welcher auch die Zentralschweizer Regierungskonferenz vertreten war. Diese umfassen im Wesentlichen folgende Änderungen:

Struktur / Governance: Das Bureau (Vorstand) umfasst zukünftig zwei Mitglieder pro Land (bisher waren es für die Schweiz drei: RR Mario Fehr (ZH), RR Beat Vonlanthen (FR) und RR Urs Wüthrich (BL). Das Executive Board sowie die Hauptversammlung bleiben in ihrer heutigen Form bestehen. Neu können drei Vizepräsidentinnen bzw. -präsidenten eingesetzt werden, die keine eigenen Dossiers betreuen. Ebenfalls neu ist die Ausweitung der Organisation auf aussereuropäische Regionen, wobei diese nur als assoziierte Mitglieder aufgenommen werden können, nicht stimmberechtigt sind.

Sekretariat / Thematische Komitees: Das Sekretariat wird bisher von elf Mitarbeitenden auf vier bis fünf reduziert. Dafür soll es nur noch als „Koordinator, Vermittler" (facilitator) arbeiten. Die inhaltliche Arbeit sollen die Mitgliedsregionen selber leisten, vorab im Rahmen der Kommissionsarbeit oder bei der Bearbeitung konkreter Projekte.

Mitgliedschaftsgebühren: Die bis anhin bezahlten Mitgliedschaftsbeiträge sollen neu in verschiedene Mitgliedschaftsbeiträge aufgeteilt werden: Erstens eine Grundgebühr, welche etwas tiefer ausfallen wird, als die bisherige Mitgliedschaftsgebühr, und zweitens in Gebühren, welche bei der Mitarbeit in verschiedenen Programmen fällig werden. Da neu auch aussereuropäische Regionen assoziierte Mitglieder werden können erhofft sich die VRE zusätzliche Mitgliedschaftsbeiträge.

Die Abstimmung verlief effizient und rasch. Die getroffenen Massnahmen versprechen der Organisation Raum und Zeit zu geben, um ihre finanzielle Krise zu überwinden. Die neue Struktur der VRE muss sich aber in den nächsten Jahren zunächst bewähren. Alles in allem hat die Organisation mit der Neustrukturierung wohl eine äusserst kritische Phase nochmals erfolgreich abwenden und in eine zielführende Richtung wenden können. Die Stimmung unter den Mitgliedern war zuversichtlich und motiviert und auch die Präsidentin treibt den Prozess engagiert voran. Regierungsrat Mario Fehr, ZH, zog im Anschluss an die Hauptversammlung folgendes Fazit: „Die VRE hat eine sehr kritische Phase in ihrer 30jährigen Geschichte überstanden, den finanziellen und inhaltlichen Turnaround wohl geschafft und bietet nach wie vor ein sehr attraktives politisches Netzwerk, wobei dessen Nutzung vom Engagement der einzelnen Mitglieder abhängig ist."

3. Administratives und Rahmenprogramm

Als Vertreter der Zentralschweizer Kantone nahmen Beat Hensler, Sekretär der ZRK, und Corinne Troxler, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ZRK an der Hauptversammlung teil. Sie nahmen die Stimmrechte der Kantone Luzern und Uri, sowie Stellvertretung für den Kanton Nidwalden wahr.

Nach Stockholm ist Göteborg die zweitbevölkerungsreichste Stadt Schwedens. Das Rahmenprogramm umfasste neben einem Besuch der Stadt unter dem Thema „Green Gothenburg" (Besichtigung der Volvo-Werke und Vorstellung des ersten E-Busses, dessen Inbetriebnahme für den 15. Juni 2015 geplant war), auch eine Feier zum 30-jährigen Jubiläum der Versammlung der Regionen Europas, an welcher nicht nur ein Rückblick auf die Höhepunkte des Engagements im Vordergrund standen, sondern in Anbetracht der Umbruchsituation der Organisation auch vielversprechende Ausblicke.

4. Fazit

Die ausserordentliche Generalversammlung mit den Abstimmungen sowie die ordentliche Generalversammlung zur finanziellen Situation der Organisation verliefen zügig und geordnet. Trotz gewichtigen Abstim-

mungspunkten kam es zu keinen langfädigen Diskussionen. Neben der Zentralschweiz waren die Kantone Baselland (RR Urs Wüthrich), Fribourg (RR Beat Vonlanthen, Alain Schaller und Myriam Vial), Jura (Stéphane Berdat) und Zürich (RR Mario Fehr) vertreten.

Die Bedeutung und der Nutzen der VRE liegen für die Zentralschweiz vor allem in der Netzwerktätigkeit sowie im Informationsaustausch. Nicht zu unterschätzen ist auch die Symbolwirkung, welche die Schweiz mit der Präsenz an einer solchen Veranstaltung markiert. Mit ihrer langen demokratischen Tradition kann die Schweiz wichtige Beiträge leisten. Letztlich gibt es für die Zentralschweiz kaum Institutionen auf europäischer Ebene, an welchen sie sich ausserhalb der EU aktiv engagieren kann. Programme, wie das „Eurodyssey-Forum“ könnten willkommene Austauschprogramme bieten. Grundsätzlich misst sich der Nutzen aus der Organisation am Engagement der Mitgliedsregion: Wer sich engagiert, profitiert. Wer lediglich passiv den Mitgliedsbeitrag bezahlt, profitiert kaum.

D. Bericht der Europa-Delegation der ZRK über das gemeinsame Engagement der Zentralschweizer Kantone in der Versammlung der Regionen Europas (VRE) 2014 / 2015

1. Zwischenbericht zum Leistungsauftrag 2014 – 2016 und Kostennutzenanalyse

Die Zentralschweizer Regierungen haben 2004 eine Vereinbarung über ihr gemeinsames Engagement in der VRE abgeschlossen, welche die Vereinbarungen vom 21. November 1991 und vom 30. April 1999 ersetzt. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung vom 14. Oktober 2004 hat die 87. ZRK vom 26. November 2010 den Leistungsauftrag zuhanden der Europa-Delegation für die Jahre 2011 – 2013 erneuert. An der 93. ZRK unterbreitete die Europa-Delegationen ihren Schlussbericht über diese Leistungsperiode und verabschiedete den neuen Leistungsauftrag für die Periode 2014 – 2016. Dieser hat vorgesehen, der 99. ZRK im Herbst 2016 einen Schlussbericht über den Leistungsauftrag 2014 – 2016 sowie eine Kosten-Nutzenanalyse des gemeinsamen Engagements sowie allenfalls einen neuen Leistungsauftrag für die Periode 2017 – 2019 vorzulegen. In der 96. ZRK vom 7. Mai 2015 wurde erneut die Frage nach dem Nutzen des Engagements in der VRE aufgeworfen und gewünscht, die Kosten-Nutzenanalyse bereits für die 97. ZRK vom 4. Dezember 2015 vorzubereiten, damit ein allfälliger Austritt aus der Organisation rechtzeitig in die Wege geleitet werden könnte. Der Europa-Delegation gehören an: Regierungsrat Guido Graf, Regierungsrat Josef Dittli sowie der Sekretär der ZRK.

Die Europa-Delegation ist in ihrem Bericht vom 16. Oktober 2015 zum Schluss gekommen, dass der Nutzen einer Mitgliedschaft in der VRE zwar nicht messbar sei und keine konkreten Resultate hervorbringe, dass es aber gerade für die Schweizer Regionen wichtig sei, im europäischen Rahmen präsent zu sein, eigene Standpunkte aufzeigen und erklären zu können, aber auch sich mit anderen Regionen zu vernetzen und auszutauschen. Aufgrund der Neuorganisation der VRE werde in Zukunft eine Vernetzung und ein Erfahrungsaustauch auf regionaler Ebene vermehrt auch über die Grenzen Europas hinaus erfolgen können. Zudem würden den Zentralschweizer Kantonen zahlreiche weitere Möglichkeiten offenstehen, vom Angebot der VRE zu profitieren.

Der ZRK-Ausschuss hat den Bericht der Europadelegation in seiner Sitzung vom 26. Oktober 2015 eingehend diskutiert. Er ist dabei zur Auffassung gelangt, dass sich der jährliche Aufwand (neu zwischen 4‘000 – 7‘000 Euro pro Kanton für den Mitgliederbeitrag zuzüglich die Kosten für eine Vertretung an der Generalversammlung) aufgrund des fehlenden bzw. nicht messbaren Nutzens nicht rechtfertige. Der Ausschuss empfahl der Plenarversammlung daher, das VRE-Engagement der ZRK einzustellen und den Kantonen aus der VRE auszutreten. Der aus dem VRE-Engagement verbleibende Betrag von CHF 12‘000 auf dem VRE-Konto sei daher der allgemeinen Kasse der ZRK gutzuschreiben.

2. Konsequenzen

Die Kantone Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug haben in der Folge der Plenarversammlung noch vor Ende 2015 ihre Mitgliedschaft in der Versammlung der Regionen Europas auf den 31. Dezember 2015 gekündigt.

Da die ZRK die Interessen der Zentralschweizer Kantone nur solange im Rahmen der ZRK vertritt, als mindestens vier Kantone Mitglieder der VRE sind, wird das ZRK-Engagement mit den Austritten hinfällig. Der Betrag von CHF 12‘000 auf dem VRE-Konto des ZRK-Sekretariats wird per Ende 2015 der allgemeinen Kasse der ZRK gutgeschrieben.

10. Februar 2016